

Frage der / des Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Krankenschein bei Polizei und Feuerwehr - wie lange noch?“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Derzeit erfolgen Vorbereitung und Abstimmung zur Herstellung der Kartenrohlinge, der Personalisierung und Integrationsprüfungen der Krankenversichertenkarten für Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen und Beamte und Beamtinnen der Berufsfeuerwehren mit der beauftragten Firma.

Zu Frage 2:

Die Ausgabe der Krankenversichertenkarten wird im 1. Halbjahr 2015 erwartet.

Zu Frage 3:

Die Kosten der Einführung werden sich auf bis zu 25 000 Euro belaufen. Die jährlichen Kosten der Nachversorgung betragen 2 000 Euro.

Frage der / des Abgeordneten Dr. Maike Schäfer, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Die Zukunft des Tanklagers Bremen-Farge“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Kenntnisse des Senats über die Zukunft des Tanklagers beruhen auf Erklärungen des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen, das auf Anfrage am 05.01.2015 Folgendes ausführte:

Mit den Erlassen vom 26.09.2013 und 27.02.2014 hatte das Bundesministerium der Verteidigung entschieden, dass das Tanklager in Bremen Farge nicht mehr für Verteidigungszwecke benötigt wird und deshalb außer Betrieb zu nehmen ist. Eine Abgabe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zwecks Verwertung sollte unverzüglich durchgeführt werden.

Die Bundeswehr ist heute nach wie vor Eigentümerin des Tanklagers. Eine Abgabe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist nicht erfolgt. Nach derzeitigem Stand soll die in Rede stehende Liegenschaft nicht mehr verkauft werden und die Stilllegung/der Rückbau des Tanklagers soll durch die Bundeswehr und haushalterisch zu Lasten der Bundeswehr vorgenommen werden. Es wurden Gutachten aufgestellt, die die Möglichkeiten und Varianten des Rückbaus technisch und hinsichtlich der Kosten untersuchen. Zur Zeit wird im Auftrag des Bundesamtes für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der Bundeswehr von der Bauverwaltung ein Sicherungs- und Rückbaukonzept aufgestellt, das aufzeigen soll, welche Rückbaumaßnahmen im Einzelnen erforderlich werden. Parallel dazu und schon seit längerem wird die Beseitigung von Grundwasserverunreinigungen durchgeführt. Erste vorbereitende Maßnahmen zur Stilllegung wurden bereits eingeleitet.

Zu Frage 2:

Antwort: Die Gewerbeaufsicht wird das Sicherungs- und Rückbaukonzept nach Vorlage prüfen und festlegen, sowie die Stilllegung/den Rückbau der Anlage nach den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes überwachen.

Zu Frage 3:

Antwort: Da die in Rede stehende Liegenschaft nach wie vor im Eigentum der Bundeswehr ist, und nach aktueller Entscheidungslage nicht verkauft werden soll, beziehen sich die Vorstellungen des Senats bezüglich der Zukunft des Tanklagers derzeit auf den gesetzeskonformen Rückbau der technischen und baulichen Anlagen des Tanklagers und auf die zügige Beseitigung der Grundwasserverunreinigungen sowie aller sonstigen Altlasten.

Frage der / des Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Luisa-Katharina Häsler,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

„Gesundheitliche Versorgung von Prostituierten“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Frühjahr 2011 ist eine im Bereich sexuell übertragbare Erkrankungen mit halber Stelle tätige Medizinische Fachangestellte aus Altersgründen ausgeschieden. Im Rahmen des Personalentwicklungsplans 2011-2015 des Gesundheitsamtes Bremen wurde diese Stelle nicht wiederbesetzt.

Zu den Fragen 2 und 3:

Zunächst konnte durch Vertretungsregelungen und das Engagement der Mitarbeiterinnen des Referats die so genannte Assistenz am (Untersuchungs-)Stuhl realisiert werden, so dass die Sprechstunden weitgehend aufrechterhalten werden konnten. Seit dem Sommer 2014 wird durch referatsübergreifende Maßnahmen eine Viertelstelle für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Die Neubesetzung dieser Ende des Jahres 2014 frei gewordenen Viertelstelle ist vorgesehen, bei der Besetzung ist wiederum ein referatsübergreifender Einsatz geplant. Der Ausschreibungstext befindet sich derzeit in der Mitbestimmung.

Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft
(Stadtbürgerschaft) am 20.01.2017

Stadtbürgerschaft Nr. 4

Frage der / des Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„MOBS und kein Ende?“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Das Konzept zur Wiedereinführung des Mobilien Bürgerservices im Ortsamt Bremen-Osterholz befindet sich im Mitbestimmungsverfahren. Nach erfolglosem Schlichtungsverfahren hat das Stadtamt nunmehr die Einigungsstelle angerufen. Der Ausgang des Mitbestimmungsverfahrens bleibt abzuwarten.

Frage der / des Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Emissionen von Quecksilber aus Bremer Kohlekraftwerken“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Emissionen 2007-12 betragen rechnerisch, basierend auf pauschalen Emissionsfaktoren, rund 300 Kilogramm pro Jahr. Seit 2012 bzw. 2013 werden Kontrollmessungen durchgeführt. Aus diesen wurden für die beiden Kraftwerken der swb Hastedt und Industriehafen reale Emissionen errechnet, die um rund 70 % niedriger als die pauschal berechneten Werte sind. Die Differenz ist mutmaßlich u.a. auf den Einsatz anderer Kohlequalitäten zurückzuführen. Für die Gesamtemissionen aus bremischen Kraftwerken im Jahr 2013 ergibt sich somit ein Wert von ca. 172 kg/a.

Zu Frage 2:

Der US-Grenzwert ist mit den deutschen Grenzwerten nicht direkt vergleichbar, da sich die messtechnischen Randbedingungen und Bezugszeiträume unterscheiden. Überschlüssig kann davon ausgegangen werden, dass die US-Grenzwerte für Steinkohlekraftwerke um den Faktor sechs strenger sind. Die Kontrollmessungen in den genannten Bremer Kraftwerken ergeben Werte, die in der Größenordnung der US-Grenzwerte liegen, so dass die reale Verminderung nur gering ausfallen würde.

Zu Frage 3:

In Deutschland wurde ein neues Verfahren zur bromgestützten Quecksilberabscheidung entwickelt, das in den USA und versuchsweise auch in deutschen Kraftwerken zum Einsatz kommt. Die Quecksilberemissionen liegen unter $1 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und damit 10-fach unter dem bundesdeutschen Jahresgrenzwert. Weitere Techniken sind noch in der Entwicklung.

Frage der / des Abgeordneten Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU

„Aufenthalts- und Begegnungsort für Bedürftige in Gröpelingen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Der eingereichte Bauantrag für einen Unterstand muss in Abstimmung mit der Grünordnung und dem Amt für Straßen und Verkehr überarbeitet werden, um den vorhandenen Baumbestand nicht zu beeinträchtigen und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Offen ist noch die Frage, wer den Winterdienst übernimmt.

Alle weiteren Voraussetzungen zur positiven Bescheidung des Vorhabens liegen vor. Mit den Nachforderungen ist eine Verzögerung der Genehmigung verbunden.

Zu Frage 2:

Mit dem Antragsteller wurden und werden intensive Beratungsgespräche durch die Bauordnung und das Amt für Straßen und Verkehr geführt. Einbezogen sind auch das Ortsamt und andere Institutionen wie z. B. die BSAG, UBB, swb.

Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft
(Stadtbürgerschaft) am 20.01.2020

Stadtbürgerschaft Nr. 7

Frage der / des Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Ehrenbürgerschaften Bremens“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Der Senat wird als einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der historischen Praxis der Verleihung von Ehrenbürgerschaften eine Liste der früheren Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger für die Veröffentlichung im Internet erstellen. Eine historische Erläuterung und Kommentierung ist beabsichtigt und soll gemeinsam mit dem Staatsarchiv erarbeitet werden.

Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft
(Stadtbürgerschaft) am 20.01.2021

Stadtbürgerschaft Nr. 8

Frage der / des Abgeordneten Heiko Strohmann, Silvia Neumeyer, Reiner Bensch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

„Autobahnsperrung für den Autofreien Sonntag“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Die Anfrage wurde zurückgezogen.

Frage der / des Abgeordneten Susanne Grobien, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

„OK Lab Bremen“

Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Der Senat bewertet das Programm der Open Knowledge Foundation Deutschland „Code for Germany“ positiv. Die Open Data Strategie und die im Vergleich zu anderen Städten umfangreichen Veröffentlichungen auf dem bremischen Open Data Portal haben unter anderem die Mitglieder der OK Labs als Zielgruppe. Dazu gehören Software-Entwickler, Designer, Journalisten und Open Data Interessierte.

Die OK Labs sind in der Regel selbstorganisiert und haben Interesse an dem Austausch mit Politik und Verwaltung. Sofern sich ein OK Lab Bremen gründet, wird der Senat das begrüßen.

An der Durchführung eines Hackday im November 2011 durch das Institut für Informationsmanagement Bremen und die Open Knowledge Foundation hat sich die Senatorin für Finanzen bereits beteiligt.

Der Senat sieht allerdings keine Möglichkeit, sich an der Gründung eines bremischen OK Lab zu beteiligen. Auch ist er von den Initiatoren der Initiative gebeten worden, die Programmieraktivitäten zu bezahlen. In Abwesenheit einer konkreten Bedarfslage auf der Seite der Verwaltung und des IT-Dienstleisters standen dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Das wäre bei einem neuen Projekt natürlich wieder neu zu bewerten.